Ombudsstelle SRG.D
Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 10. Mai 2021

Dossier 7495, «Tagesschau» vom 7. April 2021 – «Russische Truppenbewegungen»

Sehr geehrter Herr X

Mit Mail vom 7. April 2021 beanstanden Sie obige Sendung wie folgt*:*

*«In der heutigen Abendausgabe der Tagesschau (1930) kam ein kurzer Bericht über Russland und dessen militärischer Truppenverlegung an die westliche Grenze. So weit, so gut. Der Nachrichtensprecher fragte die Berichterstatterin nach möglichen Gründen für diese plötzliche Verlegung. Da es scheinbar absolut keine konkreten oder verlässlichen Informationen hierzu gibt, äusserte die Berichterstatterin ihre Vermutungen über den Sachverhalt. Dies mag durchaus zulässig sein, doch das Weglassen von bekannten Gegebenheiten überdeckt die möglichen Fakten und verfälscht (man könnte auch „manipuliert" oder „negativ beeinflusst" sagen) die erwartete und geforderte objektive und unparteiische Sicht auf die eher möglichen Gründe. Beide Vermutungen der Berichterstatterin zeigten Vladimir Putin als den kontinuierlichen Aggressor und Machtdemonstrator, der immer öfters (und das lässt mich immer öfters hellhörig werden) in unseren Medien als der Verursacher dargestellt wird. Man mag ihn mögen oder nicht, das ist Ansichtssache, doch von einer objektiven Berichterstattung hätte ich erwartet, dass wenigstens in einem Satz *Defender 21" (die Truppenübung der NATO an der EU-Ostgrenze, welche gerade jetzt aufgerollt wird; Details sind in diversen online Medien ersichtlich und öffentlich zugänglich) als möglicher (und für mich persönlich nachvollziehbarer) Grund erwähnt sein würde.*

„Defender 21" ist ja kein Geheimnis, denn schon „Defender 20" hat während der Pandemie im Sommer 2020 für Schlagzeilen gesorgt.
Nun ja, da mich die subjektiven, nicht auf Tatsachen beruhenden, Vermutungen der Berichterstatterin irritiert haben und wahrscheinlich wieder die „Angst" vor dem „bösen Putin" der Zuschauer subtil genährt haben, möchte ich hierzu eine Beschwerde wegen nicht objektiver und einseitiger Berichterstattung einreichen.»

Die Redaktion hat eine ausführliche Stellungnahme verfasst: Mit Mail vom 7. April hat sich Herr X an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen UBI gewandt; diese hat die Eingabe an die Ombudsstelle SRG Deutschschweiz zur weiteren Behandlung weitergeleitet. Der Beanstander kritisiert die Berichterstattung in der Tagesschau vom 7. April zu den russischen Truppenbewegungen nahe der Grenze zur Ukraine.
https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau-in-gebaerdensprache/video/tagesschau-und-meteo-vom-07-04-2021?urn=urn:srf:video:fcb56c9f-b4ad-4ea0-bdab-073510ba38ec
Der beanstandete Beitrag ist nur über die Tagesschau in Gebärdensprache abrufbar (ab Time-Code 11:45)

Beitrag
Der Videobeitrag zu den aktuellen Truppenbewegungen auf der russischen Seite der Grenze ist ausgewogen. Im O-Ton macht Russlands Aussenminister Sergei Lawrow die Ukraine für die neusten Spannungen verantwortlich. Er spricht von militärischen Drohungen seitens der Ukraine. Er äussert die Erwartung, dass westliche Staaten den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski zur Einhaltung der Minsker Abmachungen auffordern.
Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski erklärt, er habe die aktuelle Lage mit dem US-Präsidenten Joe Biden besprochen; dieser habe ihm versprochen, die Ukraine nicht alleine zu lassen. Zum Wunsch der Ukraine um Aufnahme in die Nato äussert sich eine Sprecherin des Weissen Hauses ausweichend; dies sei Sache der Nato. Der Bericht schliesst mit der Feststellung, dass die mögliche Aufnahme der Ukraine in die Nato ein "heikles Thema" sei.

Live-Gespräch mit Luzia Tschirky
Im Gespräch mit SRF-Korrespondentin Luzia Tschirky geht es um ihre persönliche Einschätzung zu den Truppenbewegungen Russlands an der Grenze zur Ukraine und insbesondere zu der Konfliktregion im Donbass. Luzia Tschirky betont die Ungewöhnlichkeit dieser militärischen Bewegungen. Sie erwähnt mehrfach, dass es sich um ihre persönlichen Einschätzungen handle ("mir scheint").

In der zweiten Antwort zur Frage nach dem Zeitpunkt erwähnt sie drei Punkte:

- Russland wolle die Ukraine unter Druck setzen, indem eine "Drohkulisse" aufgebaut werde. Dies deckt sich mit den Aussagen von Aussenminister Sergei Lawrow, der die Ukraine für die neuen Spannungen verantwortlich gemacht hat.
- Sie erwähnt zweitens die Schliessung von TV-Stationen durch die Ukraine.
- Als dritten Punkt erwähnt sie den Aspekt der Weltpolitik, das Verhältnis zwischen Russland und dem neuen US-Präsidenten Joe Biden. Russland wolle "austesten", wie es mit der Unterstützung der USA zugunsten der Ukraine wirklich stehe. Dieser weltpolitische Aspekt ergibt sich logisch aus dem vorhergehenden Bericht, in dem der ukrainische Präsident auf das Telefongespräch mit US-Präsident Joe Biden verweist.

Diese Ausführungen sind nachvollziehbar. Russland selber bezichtigt wie oben ausgeführt die Ukraine als verantwortlich für die Zunahme der Spannungen und damit als Begründung für die Truppenbewegungen. Auch die Ukraine hat Truppen in den Osten des Landes verlegt.
Die Nato-Übung "Defender" wird von Aussenminister Sergei Lawrow nicht erwähnt.
Das Verhältnis zwischen den USA und Russland hat sich seit dem Wechsel im Weissen Haus von Donald Trump zu Joe Biden merklich abgekühlt. Stichworte dazu sind etwa Internet-/Cyber-Angriffe oder Nawalny.

Die Einschätzungen von SRF-Korrespondentin Luzia Tschirky werden auch von Jeronim Perovic, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität, Zürich geteilt. Der Direktor des Center for Eastern European Studies antwortet in einem Interview mit der Luzerner Zeitung vom 9. April auf die Frage "welches Ziel verfolgt Russlands Präsident Putin Ihrer Einschätzung nach" wie folgt: "Es ist eine Machdemonstration. Moskau erinnert die Ukraine daran, wer im russisch-ukrainischen Konflikt am längeren Hebel sitzt. Gleichzeitig testet Putin mit der Truppenmassierung auch die Bereitschaft des Westens und der neuen US-Regierung unter Biden, der Ukraine im Konfliktfall beizustehen. Bisher sind die Reaktionen aus Washington und Brüssel eher verhalten. Die Ukraine wird auf sich allein gestellt sein, und das weiss Moskau."
https://www.luzernerzeitung.ch/international/interview-zuercher-russland-experte-ueber-den-truppenaufmarsch-an-der-grenze-zur-ukraine-putin-testet-den-westen-ld.2123160
Die Einschätzungen von Luzia Tschirky sind nachvollziehbar und auch begründet. Sie sind als persönliche Sicht der Korrespondentin für das Publikum jederzeit erkennbar.

Defender 21

Der Beanstander verweist in seiner Eingabe auf die Nato-Übung "Defender 21". Es ist richtig, dass die Nato in den Monaten April bis Juni die Truppenübung "Defender 21" plant. Der Hauptteil der Truppenverlegungen soll nach Angaben der US-Army Europe im Mai erfolgen. Im März wurde begonnen, Material und Truppen aus den USA nach Europa zu verlegen. Im April wird dann weiteres Material, Panzer, Fahrzeuge und anderes, aus Depots in Westdeutschland, Italien und Holland auf den Weg gebracht.

Im Mai sollen dann die eigentlichen Übungen stattfinden. Im Juni erfolgt laut Planungen der US-Army die Rückverlegung der Truppen und Fahrzeuge. "Defender 21" ist der diesjährige Name für die jährlich wiederkehrende Übung der Nato.

Rund 30'000 Soldaten aus 26 Nationen nehmen gleichzeitig an den Übungen teil. Diese finden auf 30 Truppenübungsplätzen in zwölf Ländern statt. Im beigelegten Dokument Defender Europe 21 Details werden alle wesentlichen Informationen zu dieser Verteidigungsübung offengelegt.

Ein spezieller Fokus liegt in diesem Jahr auf Bulgarien, Rumänien, den weiteren Balkanstaaten sowie der Schwarzmeer-Region, wie General Christopher G. Cavoli, Oberkommandant der US-Army in Europe und Afrika, bei einer Videokonferenz mit US-Militärs Anfang Februar erläutert hat, und aus dem beigelegten Dokument zur Übung hervorgeht. Die Hauptmanöver heißen Swift Response (Anfang Mai in Estland, Rumänien und Bulgarien), Saber Guardian (ab Mitte Mai in diversen Ländern), Command Post (im Juni, eine Strategie-Übung für die Hauptquartiere).

Die Nato-Übungen sind wiederkehrende Übungen - und von daher nichts Aussergewöhnliches. Die Nato-Übung "Defender Europe 21" wurde im Rahmen der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ordnungsgemäss angemeldet, wie aus dem beigelegten Dokument zur 962. Plenarsitzung vom 25. November 2020 hervorgeht: "On 16 November 2020, in accordance with the Vienna Document 2011, the United States of America, through the OSCE Communications Network, gave notification of the exercise "Defender Europe 2021" lasting from 1 May to 14 June, in the agreed format under message number CBM/US/20/0018/F30/O." Russland war an dieser Sitzung mit einer Delegation vertreten.

Aus Sicht der Redaktion ist diese jährliche Übung der Nato, wie sie jede Armee oder jeder Militärverbund regelmässig durchführt, nicht mit der Truppenverlegung Russlands an die ukrainische Grenze und in die Nähe des Konfliktgebietes in der Ostukraine direkt vergleichbar – weder inhaltlich noch betreffende der Kommunikation.

Wie schon dargelegt, finden die grossen Nato-Truppenübungen im kommenden Monat Mai statt. Es liegt in der von Verfassung und Gesetz garantierten Programmautonomie der TV-Veranstalter, die Themen auszuwählen und darzustellen. Das gilt auch für die Berichterstattung über die Nato-Übung "Defender 21".

Fazit
Der Bericht zu den Truppenverschiebungen ist ausgewogen; alle Seite kommen mit ihren Argumenten, respektive Befürchtungen zu Wort. Die Ausführungen von SRF-Korrespondentin Luzia Tschirky sind in sich begründet und für das Publikum klar als persönliche Einschätzung der Korrespondentin vor Ort erkennbar.

Einen direkten Zusammenhang zwischen den russischen Truppenbewegungen und der bevorstehenden Nato-Übung "Defender 21" ist nicht nachgewiesen. Selbst der russische Aussenminister Sergei Lawrow führt diese nicht als Begründung an.

Die **Ombudsstelle** hält abschliessend fest:

Es ist unbestritten, dass der ungewöhnliche Aufmarsch von russischen Truppen nahe der Grenze zur Ukraine im März und April 2021 im Westen zu grosser Besorgnis führte. Gleichzeitig sind die Kämpfe zwischen der ukrainischen Armee und den prorussischen Separatisten in der ostukrainischen Donbass-Region wieder aufgeflammt. Den Westen hat zudem die Rhetorik aus Moskau beunruhigt. Dem Kreml nahestehende Medien stellten die Anballung an der Westgrenze als nötige Reaktion auf die angeblich kriegerische Politik der ukrainischen Führung dar. Im Umfeld von Wladimir Putin wurde eine Drohkulisse aufgebaut und gewarnt, dass das Nachbarland untergehen würde, falls es Donbass wieder unter Kontrolle bringen wolle.

Die Russlandkorrespondentin hat zweifelsohne eine eher «westliche» Sicht der Dinge eingenommen, hat diese Sicht aber nicht als Fakt dargestellt, sondern als ihre kundige Einschätzung. Ohne die russische Haltung zu verschweigen.

Ebenfalls wird seitens des russischen Regimes gesagt, der Truppenaufmarsch sei eine Reaktion auf die Bedrohung durch die Nato, die für Mai und Juni grössere Manöver in der Region plane. Bezeichnenderweise hat Putin in einer Rede am 21. April vor dem Überschreiten «Roter Linien» gewarnt. Es gibt tastsächlich nicht wenige Stimmen, welche die Truppenverschiebungen in Russland auch im Zusammenhang mit dem Nato-Manöver «Defender-Europe 2021» sehen. Selbst wenn diese Verschiebungen damit zusammenhängen – was schon gar nicht anfangs April 21 nachweisbar war – es gibt keinen Zwang, diese Vermutung im Tagesschau-Beitrag vom 7. April 2021 zu nennen. Wie die Redaktion in ihrer Stellungnahme schreibt, hat selbst der russische Aussenminister diesen Zusammenhang nicht hergestellt. Wenn es schon Lawrow nicht tut: warum sollte es Luzia Tschirky dann tun?

Der Beitrag liegt nicht nur in der Programmautonomie des Senders, sondern es ist ein informativer und beileibe kein aus politischen Gründen manipulativer Beitrag.

Wir können deshalb keinen Verstoss gegen das Radio- und Fernsehgesetz feststellen.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Wir hoffen, dass Sie dem öffentlichen Sender trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Mit freundlichen Grüssen

Ihre Ombudsstelle SRG Deutschschweiz